



# Amtsblatt

## Regierung von Niederbayern

Nr. 4

Freitag, 18. März 2005

45. Jahrgang

### Bezirksverwaltung

Satzung des Bezirks Niederbayern über die/den Behindertenbeauftragte/n ..... S. 23

Satzung zur Änderung der Satzung über den Betrieb der Bezirkskrankenhäuser ..... S. 24

Verordnung zur Änderung der Bezirksfischereiverordnung für den Bezirk Niederbayern Vom 21. November 2000 (RABl Nr. 17/2000) .... S. 25

Verordnung des Bezirks Niederbayern über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe Vom 21. Februar 2005 ..... S. 25

### Naturschutz

Verordnung zur Änderung der Verordnung über das „Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“ Vom 4. Februar 2005 ..... S. 26

### Schulwesen

Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Mauth, Philippsreut, Hohenau und

der Stadt Freyung, Landkreis Freyung-Grafenau Vom 18. Februar 2005, Nr. 540-5102/152-7

..... S. 28

Verordnung über die Grundschulorganisation in der Stadt Landshut

Vom 23. Februar 2005, Nr. 540-5102/138-2

..... S. 29

Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Laberweiting und Mallersdorf-Pfaffenberg, Landkreis Straubing-Bogen

Vom 23. Februar 2005, Nr. 540-5102/127-18 ..... S. 30

### Wasserrecht

Verordnung über die Bestimmung des Landratsamtes Regen als zuständige Behörde zum Erlass einer Verordnung über das Wasserschutzgebiet im Gewinnungsgebiet Berging in der Gemeinde Kollnburg, Landkreis Regen und in der Gemeinde St. Englmar, Landkreis Straubing-Bogen, für die Wasserversorgung der Gemeinde Kollnburg

Vom 21. Februar 2005 ..... S. 30

## Bezirksverwaltung

### Satzung des Bezirks Niederbayern über die/den Behindertenbeauftragte/n

Der Bezirk Niederbayern erlässt aufgrund Art. 18 Satz 2 des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BayBGG) vom 09.07.2003 (GVBl S. 419) in Verbindung mit Art. 17 der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22.08.1998 (GVBl S. 850), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2004 (GVBl S. 272) folgende

#### Satzung

#### § 1

#### Bestellung, Bezeichnung, Amtszeit

(1) Der Bezirk Niederbayern bestellt zur Verwirklichung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderung eine Persönlichkeit zur Beratung des Bezirks in Fragen der

Behindertenpolitik (Beauftragte/r für die Belange der Menschen mit Behinderung).

(2) Die/Der Behindertenbeauftragte führt die Bezeichnung „Behindertenbeauftragte/r des Bezirks Niederbayern“.

(3) Zur/Zum Behindertenbeauftragten soll eine Persönlichkeit bestellt werden, die über langjährige Erfahrung in sozialen Angelegenheiten und fundiertes Fachwissen im Behindertenrecht sowie in der Betreuung von Menschen mit Behinderung verfügt.

(4) <sup>1</sup>Die/Der Behindertenbeauftragte des Bezirks wird für die Dauer von 5 Jahren beginnend ab 01.01.2005 berufen. <sup>2</sup>Eine mehrfache Berufung ist möglich. <sup>3</sup>Sie/Er kann von ihrem/seinem Amt vor Ablauf ihrer/seiner Amtszeit abberufen werden, wenn eine entsprechende Anwendung der Vorschriften über die Amtsenthebung von Richtern auf Lebenszeit dies rechtfertigt.

HERAUSGEBER, VERLAG und DRUCK:  
Regierung von Niederbayern, Postfach, 84023 Landshut, Tel. (08 71) 8 08 - 01

ERSCHEINUNGSWEISE und BEZUGSBEDINGUNGEN:  
Erscheint 3-wöchentlich. Abonnement durch den Herausgeber. Preis halbjährlich 18 Euro.  
Einzelnummer 1,50 Euro zuzüglich Versandkosten. Der Bezug des Amtsblattes kann 4 Wochen vor dem 30.06. oder 31.12. eines jeden Jahres gekündigt werden. Einzelhefte nur durch den Herausgeber.

## § 2 Stellung, Entschädigung, Aufwand

(1) Die/Der Behindertenbeauftragte ist ehrenamtlich tätig.

(2) <sup>1</sup>Die/Der Behindertenbeauftragte ist dem Bezirkstagspräsidenten unmittelbar zugeordnet. <sup>2</sup>Die/Der Behindertenbeauftragte nimmt ihre/seine Aufgaben unabhängig, überparteilich, überkonfessionell und weisungsgebunden wahr.

(3) Die/Der Behindertenbeauftragte erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung, die der Bezirkstag nach eigenem Ermessen festlegt, und die Reisekosten nach den Entschädigungsregelungen des Bezirks für Bezirksräte und Beschäftigte des Bezirks.

(4) <sup>1</sup>Der Bezirk stellt der/dem Behindertenbeauftragten die für ihre/seine Aufgaben unmittelbar erforderlichen Einrichtungen und Mittel zur Verfügung. <sup>2</sup>Er trägt die Sachkosten, die der/dem Behindertenbeauftragten im Rahmen ihrer/seiner Tätigkeit entstehen.

## § 3 Aufgaben

(1) <sup>1</sup>Die/Der Behindertenbeauftragte wirkt an der politischen Willensbildung des Bezirks mit. <sup>2</sup>Ihr/Ihm obliegt die Wahrnehmung und Förderung der besonderen Belange der Menschen mit Behinderung im Rahmen der Zuständigkeiten des Bezirks; sie/er berät den Bezirk insbesondere beim Vollzug des BayBGG. <sup>3</sup>Sie/Er kann die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung aufzeigen und benennen, behinderungspolitische Anliegen in die Arbeit des Bezirks einbringen, Maßnahmen zur verbesserten Integration von Menschen mit Behinderung anregen sowie als zentrale Anlaufstelle behinderter Menschen den Zugang zum Dienstleistungsangebot für behinderte Menschen erleichtern. <sup>4</sup>Die Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung nach § 95 SGB IV werden hiervon nicht erfasst.

(2) <sup>1</sup>Die/Der Behindertenbeauftragte arbeitet mit der Verwaltung des Bezirks und den Einrichtungen bei behinderungsspezifischen Anliegen zur Integration von Menschen mit Behinderung zusammen. <sup>2</sup>Sie/Er nimmt ihre/seine Aufgaben gegenüber dem Bezirk vor allem durch Anträge, Anregungen, Anfragen, Empfehlungen und Stellungnahmen wahr.

## § 4 Rechte und Pflichten

(1) Der Bezirk Niederbayern beteiligt die/den Behindertenbeauftragte/n bei allen wichtigen Vorhaben (Richtlinien, Programme, Pläne, bedeutsame Verwaltungsvorschriften), soweit sie Fragen der Integration der Menschen mit Behinderung behandeln.

(2) Verwaltung und Einrichtungen des Bezirks unterstützen die/den Behindertenbeauftragte/n bei der Wahrnehmung ihrer/seiner Aufgaben.

(3) Die/Der Behindertenbeauftragte unterrichtet den Bezirkstag einmal jährlich über die Ergebnisse ihrer/seiner Arbeit.

(4) Die/Der Behindertenbeauftragte unterliegt der Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht des Art. 14 Bezirksordnung.

## § 5 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Mit Ablauf des 31. Dezember 2008 tritt die Satzung außer Kraft.

Landshut, 4. Februar 2005  
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein  
Bezirkstagspräsident

### Satzung zur Änderung der Satzung über den Betrieb der Bezirkskrankenhäuser

Der Bezirk Niederbayern erlässt aufgrund des Art. 17 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 850), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 979) folgende

Satzung  
zur Änderung der Satzung  
über den Betrieb der Bezirkskrankenhäuser

#### Art. 1

Die Satzung über den Betrieb der Bezirkskrankenhäuser in der Fassung vom 14. Mai 2002 (RABI S. 35) wird wie folgt geändert:

1. § 1 (Geltungsbereich) wird wie folgt gefasst:
 

„Der Bezirk Niederbayern betreibt gemäß Art. 48 Abs. 3 BezO und Art. 22 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) folgende Krankenhäuser als öffentliche Einrichtungen:

  - a) Bezirksklinikum Mainkofen, Deggendorf  
Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik  
für Neurologie  
für Neurologische Rehabilitation  
für forensische Psychiatrie
  - b) Bezirkskrankenhaus Landshut  
Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik  
für Kinder- und Jugendpsychiatrie,  
Psychotherapie und Psychosomatik
  - c) Bezirkskrankenhaus Straubing  
Forensisch-psychiatrische Klinik
  - d) Bezirkskrankenhaus Passau  
Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik  
(im Aufbau)  
für Kinder- und Jugendpsychiatrie,  
Psychotherapie und Psychosomatik  
(teilstationär)“
2. § 2 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
 

„Das Bezirksklinikum Mainkofen dient der ambulanten, teilstationären und stationären psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosomatischen Versorgung der niederbayerischen Erwachsenen.“

3. § 2 Abs. 1 Satz 4 wird wie folgt gefasst:

„In der Fachklinik für forensische Psychiatrie werden Personen aufgenommen, die aufgrund einer Maßregel im Sinne der §§ 63, 64 StGB, § 126 a StPO, zur Begutachtung nach § 81 StPO oder nach § 453 c StPO (Sicherungsmaßnahmen im Widerrufsverfahren) unterzubringen sind.“

#### **Art. 2**

Die Änderungssatzung tritt am 1. Juni 2004 in Kraft.

Landshut, 4. Februar 2005  
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein  
Bezirkstagspräsident

#### **Verordnung zur Änderung der Bezirkfischereiverordnung für den Bezirk Niederbayern Vom 21. November 2000 (RABI Nr. 17/2000)**

Der Bezirk Niederbayern erlässt aufgrund des § 9 Abs. 4, § 12 Abs. 2 und § 19 Abs. 6 der Verordnung zur Ausführung des Fischereigesetzes für Bayern (AVFiG) vom 04. November 1987 (GVBl S. 404, BayRS 793-3-L), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. März 2004 (GVBl S. 104) in Verbindung mit Art. 17 der Bezirksordnung (BezO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 850), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 962) folgende

#### **Verordnung**

##### **§ 1**

§ 3 wird wie folgt neu gefasst:

Abweichend vom Verbot des Anlegens neuer Aalfänge gem. § 12 Abs. 1 Nr. 2 AVFiG wird festgelegt:

Der Betrieb von Aalschockern, Scherbretthamen und ähnlichen Aalfang-Großgeräten ist der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde anzuzeigen. Der Anzeige sind eine Beschreibung des Gerätes sowie Angaben über den Einsatzort beizufügen.

##### **§ 2**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft

Landshut, 4. Februar 2005  
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein  
Bezirkstagspräsident

#### **Verordnung des Bezirks Niederbayern über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe Vom 21. Februar 2005**

Mit Ablauf des 31. Dezember 2004 treten

1. das Gesetz zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AGBSHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 1993 (GVBl S. 868, ber. S. 1113, BayRS 2170-1A), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 23. November 2001 (GVBl S. 734)
2. das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (AGGSiG) vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 929, BayRS 2170-4A)

außer Kraft. Damit ist die Rechtsgrundlage für die Verordnung des Bezirks Niederbayern über die Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe vom 18. November 1993 (RABI S. 128), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. November 1997 (RABI S. 154) und die Verordnung des Bezirks Niederbayern zum Grundsicherungsausführungsgesetz (AGGSiG) vom 9. Januar 2003 (RABI S. 6) entfallen.

Aufgrund des Art. 17 der Bezirksordnung für den Freistaat Bayern i.d.F. der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl S. 850), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes zur Änderung des Kommunalrechts vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 272) und des Art. 13 Abs. 2 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (AGSGB) vom 27. Dezember 2004 (GVBl S. 541) erlässt der Bezirk Niederbayern folgende

#### **Verordnung**

##### **§ 1**

Die kreisfreien Gemeinden und die Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe werden herangezogen, folgende dem Bezirk Niederbayern als überörtliche Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben durchzuführen und dabei zu entscheiden:

1. Hilfe in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung mit Ausnahme der Hilfe in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und in Tag- oder Nachtkliniken (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AGSGB),
2. Hilfen nach dem Fünften Kapitel SGB XII mit Ausnahme der Hilfe in psychiatrischen Fachkrankenhäusern, Fachabteilungen und Spezialeinrichtungen (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 AGSGB),
3. Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (§ 54 Abs. 1 Satz 2, 1. Alternative SGB XII) mit Ausnahme der Hilfe in Fachkrankenhäusern für Behinderte sowie der Hilfe in psychiatrischen Fachkrankenhäusern, Fachabteilungen und Spezialeinrichtungen (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 AGSGB),
4. ambulant zu gewährende Hilfen nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 AGSGB mit Ausnahme der Hilfe zur Beschaffung von Kraftfahrzeugen (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 AGSGB),
5. Hilfen nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AGSGB (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AGSGB),

6. Altenhilfe nach § 71 SGB XII (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 AGSGB),
7. Hilfen nach Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 AGSGB mit Ausnahme der Hilfe, über die der Bezirk Niederbayern bei Deutschen, die nicht zu den Personen des Art. 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 AGSGB gehören, selbst entscheiden würde (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 AGSGB),
8. Hilfen, die nach Art. 11 Abs. 2 AGSGB gleichzeitig mit den vorstehend genannten Hilfen zu gewähren sind (Art. 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 10 AGSGB).

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

Landshut, 21. Februar 2005  
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein  
Bezirkstagspräsident

**Naturschutz**

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über das  
„Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald“  
Vom 4. Februar 2005**

Aufgrund von Art. 11 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 10 und 45 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNatSchG – (BayRS 791-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Dezember 2002 (GVBl S. 975), erlässt der Bezirk Niederbayern folgende Verordnung:

**§ 1**

Die Verordnung über das "Landschaftsschutzgebiet Bayerischer Wald" vom 21. November 2000 (RABI Nr. 17/2000), zuletzt geändert durch Verordnung vom

22. Juli 2003 (RABI Nr. 12/2003) wird in § 2 Abs. 1 und in Abs. 2 Satz 1 jeweils um folgenden Unterpunkt ergänzt:

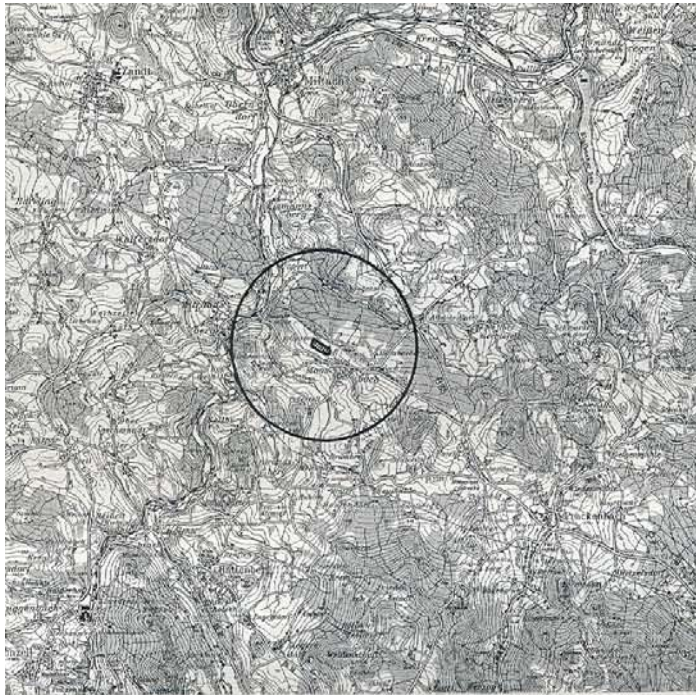
„e) in der Gemeinde Prackenhach vom 4. Februar 2005.“

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 1. April 2005 in Kraft.

Landshut, 4. Februar 2005  
BEZIRK NIEDERBAYERN

Manfred Hölzlein  
Bezirkstagspräsident





Ausschnitt aus der topographischen Karte 1 : 50 000  
Blatt - Nr. L6942 verkleinert auf 1 : 100 000



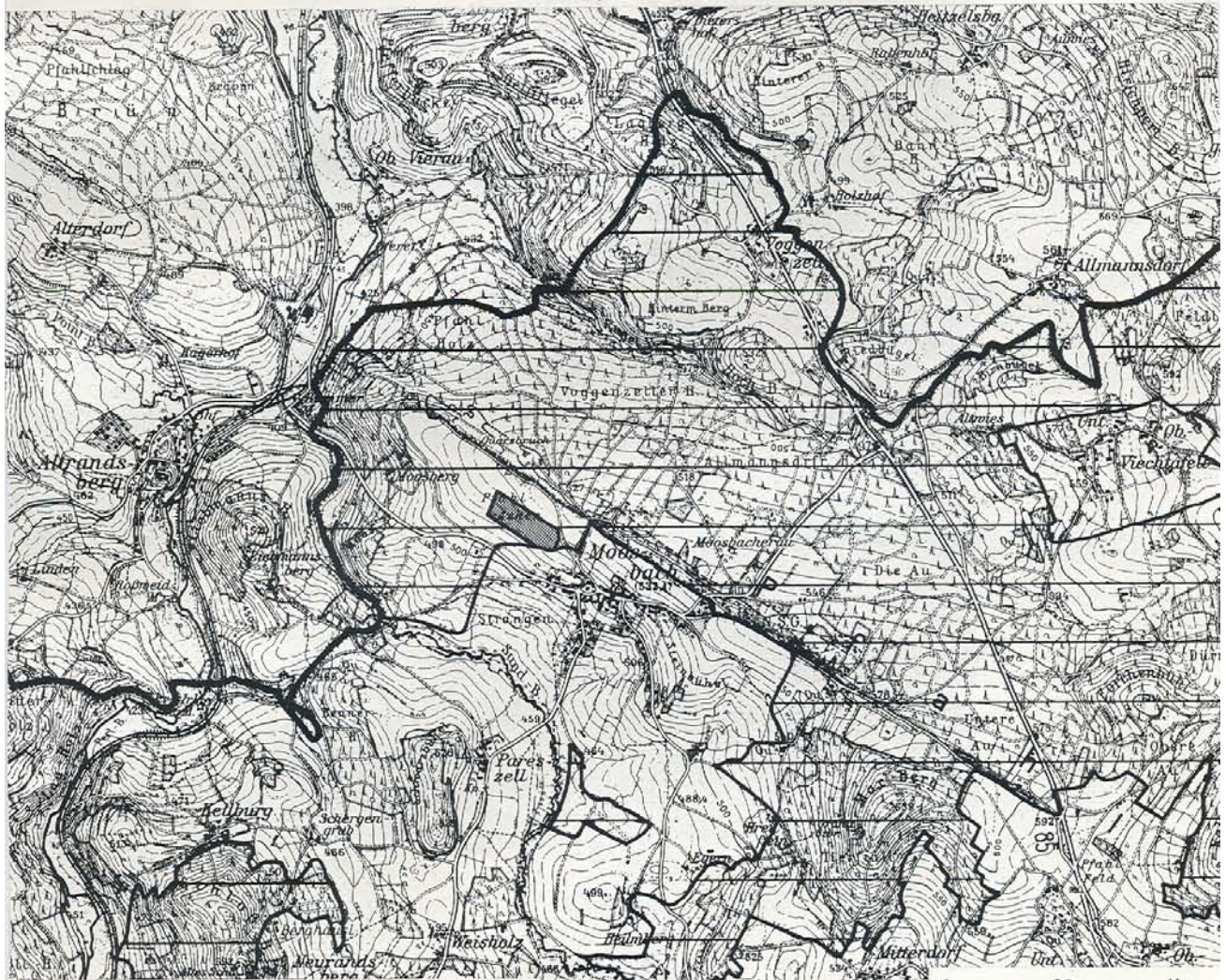
*Anlage für*  
**Verordnung zur Änderung  
 der Verordnung über das  
 „Landschaftsschutzgebiet  
 Bayerischer Wald“**  
*Vom 04. Februar 2005*

Karten zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes  
 M 1 : 100 000 (zu § 3 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung)  
 M 1 : 25 000 (zu § 3 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung)

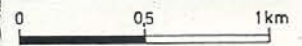
-  Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes  
(früher Schutzzone)  
in der Gemeinde Prackenbach Lkr. Regen
-  Landschaftsschutzgebiet

*M. Hölzlein*  
 Bezirk Niederbayern  
 Manfred Hölzlein  
 Bezirkstagspräsident

Kartographie und Druck: Regierung von Niederbayern,  
 Abteilung Landesentwicklung und Umweltfragen.  
 Wiedergabe mit Genehmigung des Bayerischen  
 Landesvermessungsamtes. <http://www.geodaten.bayern.de>  
 Nutzungserlaubnis vom 6.12.2000 AZ.:VM 3860 B - 4562



Ausschnitt aus der topographischen Karte 1 : 25 000 Blatt - Nr. 6842



## Schulwesen

**Verordnung über die Volksschulorganisation  
in den Gemeinden Mauth, Philippsreut,  
Hohenau und der Stadt Freyung,  
Landkreis Freyung-Grafenau  
Vom 18. Februar 2005, Nr. 540-5102/152-7**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

### Verordnung:

#### § 1

Die Volksschule am Nationalpark Bayerischer Wald Grund- und Hauptschule Mauth, zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 10.07.1997 Nr. 240 – 5102/030-17 (RABI Nr. 11/1997 S. 125), wird aufgelöst.

#### § 2

Es wird eine Grundschule Mauth errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Mauth. Schulort ist Mauth. Die Schule erhält die Bezeichnung „Grundschule am Nationalpark Bayerischer Wald Mauth“.

#### § 3

Der Sprengel der Grundschule am Nationalpark Bayerischer Wald Mauth umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4

- a) das Gebiet der Gemeinde Mauth
- b) aus der Gemeinde Philippsreut die Orte Alpe, Hinterfirmiansreut, Mitterfirmiansreut und Vorderfirmiansreut.

#### § 4

(1) Der in § 2 der Verordnung vom 09.07.1987 Nr. 240-5103/061-1 (RABI Nr. 14/1987 S. 51) beschriebene Sprengel der Hauptschule Freyung wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Hauptschule Freyung umfasst:

1. in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:
  - a) das Gebiet der Stadt Freyung mit Ausnahme von Reschmühle,

- b) aus der Stadt Waldkirchen die Orte Appmannsberg, Atzesberg, Großwies, Hochreut, Höpplhof, Karlsbach, Karlsbachmühle, Lämmersreut, Rafelsberg, Reut, Stelzermühle, Werenain und Wotzmansreut,

- c) aus der Gemeinde Philippsreut die Orte Philippsreut und Marchhäuser.

2. in Bezug auf die Jahrgangsstufen 7 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Hinterschmiding,
- b) das Gebiet der Gemeinde Grainet mit Ausnahme der Orte Exenbach, Gschwendet, Kronwinkel und Vorderfreundorf.

#### § 5

(1) Der in § 2 der Verordnung vom 10.07.1997 Nr. 240-5102/094-12 (RABI Nr. 11/1997 S. 125) beschriebene Sprengel der Georg-von-Pasterwiz-Schule Grund- und Hauptschule Hohenau-Schönbrunn a.L. wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Georg-von-Pasterwiz-Schule Grund- und Hauptschule Hohenau-Schönbrunn a.L. umfasst:

1. in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Hohenau,
- b) aus der Stadt Freyung den Ort Reschmühle.

2. in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet der Gemeinde Mauth,
- b) aus der Gemeinde Philippsreut die Orte Alpe, Hinterfirmiansreut, Mitterfirmiansreut und Vorderfirmiansreut.

#### § 6

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 18. Februar 2005  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger  
Regierungspräsident

**Verordnung über die Grundschulorganisation  
in der Stadt Landshut  
Vom 23. Februar 2005, Nr. 540-5102/138-2**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

**Verordnung:**

**§ 1**

Die Ursulinen-Volksschule Landshut (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 4 der Verordnung vom 08.04.1988 Nr. 240-5103/132-2 (RABI Nr. 8/1988 S. 32), wird aufgelöst.

**§ 2**

(1) Der Sprengel der St.-Nikola-Volksschule Landshut (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 7 der Verordnung vom 08.04.1988 Nr. 240-5103/132-2 (RABI Nr. 8/1988 S. 32), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der St.-Nikola-Volksschule Landshut (Grundschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

Das Gebiet der Stadt Landshut innerhalb folgender Abgrenzungen:

Luitpoldbrücke (südlicher Brückenkopf) – (Große) Isar flussabwärts bis zur Compiegnebrücke – Podewilsstraße (Grenze ist die Straßenmitte) bis zur Elginbrücke – Kleine Isar flussabwärts bis zur Piflaser Brücke (Konrad-Adenauer-Straße) – Stadtgrenze nach Norden bis zum Schnittpunkt mit der Bahnlinie Landshut-Regensburg – Bahnlinie Landshut-Regensburg nach Südwesten bis zum Schnittpunkt mit der Altdorfer Straße (Mainburger Brücke) – Mainburger Brücke bis zum Schnittpunkt mit der Pfettrach – Pfettrach Richtung Westen bis zum Schnittpunkt mit der Berliner Brücke – Luitpoldstraße (Grenze ist die Straßenmitte) bis zur Luitpoldbrücke (südlicher Brückenkopf)

**§ 3**

(1) Der Sprengel der Karl-Heiß-Volksschule Landshut-Achdorf (Grund- und Teilhauptschule I), zuletzt beschrieben in § 9 der Verordnung vom 08.04.1988 Nr. 240-5103/132-2 (RABI Nr. 8/1988 S. 32 u. 33), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Karl-Heiß-Volksschule Landshut-Achdorf (Grund- und Teilhauptschule I) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 6:

a) Das Gebiet der Stadt Landshut innerhalb folgender Abgrenzungen:

Schnittpunkt der Stadtgrenze mit der Isar bei Hofham (Gemeinde Eching) – südliche Stadtgrenze bis zum Schnittpunkt mit der Veldener Straße – Englbergweg bis einschließlich Hausnrn. 75 a und b – Am Steinlech (Grenze ist die Straßenmitte) – von Am Steinlech Hausnr. 68b Luftlinie zur Pfarrfeldstraße Hausnr. 18 –

Pfarrfeldstraße bis Hausnr. 37 bzw. 34 (Pfarrfeldstraße 1 bis einschließlich 34 bzw. 37 gehört zum Sprengel der Volksschule Landshut-Berg) – westliche Grenze der Grundstücke Pfarrfeldstr. 34 und Hans-Vetter-Weg 16 bis zur Einmündung des Hans-Vetter-Weges in den Felix-Meindl-Weg – Felix-Meindl-Weg bis zur Kreuzung mit der Wernstorfer Straße (Felix-Meindl-Weg gehört zum Sprengel der Volksschule Landshut-Berg) – Wernstorfer Straße (Grenze ist die Straßenmitte) bis zur Neuen Bergstraße – Neue Bergstraße bis zur Einmündung Kellerstraße – Kellerstraße – Innere Münchener Straße ab Einmündung Kellerstraße bis zum Klöpflgraben – Klöpflgraben – Am Graben bis Einmündung Königsweg – Königsweg – West- bzw. Nordgrenze des Hofgartens – Kolpingstraße vom Hofgarten bis zur Bindergasse – Bindergasse – Kirchgasse – Theaterstraße – Luitpoldbrücke (südlicher Brückenkopf) – Isar flussaufwärts bis zum Schnittpunkt mit der Stadtgrenze bei Hofham (Gemeinde Eching)

b) aus der Gemeinde Tiefenbach die Orte Mittergolding und Untergolding

**§ 4**

(1) Der Sprengel der St. Peter und Paul-Volksschule Landshut (Grundschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 08.04.1988 Nr. 240-5103/132-2 (RABI Nr. 8/1988 S. 32), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der St. Peter und Paul-Volksschule Landshut (Grundschule) umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

Das Gebiet der Stadt Landshut innerhalb folgender Abgrenzungen:

Luitpoldbrücke (südlicher Brückenkopf) – (Große) Isar flussabwärts bis zur Compiegnebrücke – Podewilsstraße (Grenze ist die Straßenmitte) bis zur Elginbrücke – Kleine Isar flussabwärts bis zur Mündung in die (Große) Isar – (Große) Isar flussaufwärts bis zur Konrad-Adenauer-Brücke – Konrad-Adenauer-Straße bis zur Kreuzung mit der Niedermayerstraße – Bundesstraße B 299 Richtung Süden bis zur Überführung der Hagrainer Straße – Hagrainer Straße – Schönbrunner Straße bis zur Einmündung des Loretoweges – Loretoweg – Nordgrenze des Hofgartens – Kolpingstraße vom Hofgarten bis zur Bindergasse – Bindergasse – Kirchgasse – Theaterstraße (Kolpingstraße, Bindergasse, Kirchgasse und Theaterstraße gehören zum Sprengel der Karl-Heiß-Volksschule Landshut-Achdorf) – Luitpoldbrücke (südlicher Brückenkopf)

**§ 5**

(1) Der Sprengel der Grundschule Konradin-Auloh, zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom 08.04.1988 Nr. 240-5103/132-2 (RABI Nr. 8/1988 S. 32), wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der Grundschule Konradin-Auloh umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4:

Das Gebiet der Stadt Landshut nordöstlich einer Linie beginnend ab der Mündung der Kleinen in die (Große) Isar, entlang der (Großen) Isar flussaufwärts bis zur Konrad-Adenauer-Brücke, weiter entlang der Konrad-Adenauer-Straße (diese gehört zum Sprengel der Volksschule St. Peter und Paul) bis zur Kreuzung mit der Niedermayerstraße und entlang der Bundesstraße B 299 Richtung Süden bis zum Schnittpunkt mit der Stadtgrenze.

**§ 6**

(1) <sup>1</sup>Soweit nichts anderes bestimmt ist, gehören die Straßen und Wege, die eine Sprengelgrenze beschreiben, beidseitig zum jeweils beschriebenen Schulsprengel. <sup>2</sup>Die Zuordnung eines Gebäudes zu einer Straße ergibt sich aus der Hausadresse.

(2) Schüler, die zum Schuljahr 2004/05 in einer Grundschule eingeschult sind, können dort die Grundschule beenden.

**§ 7**

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 23. Februar 2005  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger  
Regierungspräsident

**Verordnung über die Volksschulorganisation in den Gemeinden Laberweinting und Mallersdorf-Pfaffenberg, Landkreis Straubing-Bogen Vom 23. Februar 2005, Nr. 540-5102/127-18**

Aufgrund von Art. 26 Abs. 1 und Art. 32 Abs. 5 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632, KWMBI I S. 210), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2004 (GVBl S. 282) erlässt die Regierung von Niederbayern folgende

**Verordnung:****§ 1**

Die Volksschule Laberweinting (Grund- und Teilhauptschule I), zuletzt beschrieben in § 2 der Verordnung vom

16.07.1996 Nr. 240-5102/127-15 (RABI Nr. 10/1996 S. 66), wird aufgelöst.

**§ 2**

Es wird eine Grundschule Laberweinting errichtet. Sitz der Schule ist die Gemeinde Laberweinting. Schulort ist Laberweinting. Die Schule erhält die Bezeichnung „Grundschule Laberweinting“.

**§ 3**

Der Sprengel der Grundschule Laberweinting umfasst in Bezug auf die Jahrgangsstufen 1 mit 4 das Gebiet der Gemeinde Laberweinting.

**§ 4**

(1) Der Sprengel der St. Martin-Volksschule Mallersdorf-Pfaffenberg (Hauptschule), zuletzt beschrieben in § 3 der Verordnung vom 16.07.1996 Nr. 240-5102/127-15 (RABI Nr. 10/1996 S. 66) wird aufgehoben und neu beschrieben.

(2) Der Sprengel der St. Martin-Volksschule Mallersdorf-Pfaffenberg (Hauptschule) umfasst:

in Bezug auf die Jahrgangsstufen 5 mit 9:

- a) das Gebiet des Marktes Mallersdorf-Pfaffenberg,
- b) das Gebiet der Gemeinde Laberweinting.

**§ 5**

Diese Verordnung tritt am 1. August 2005 in Kraft.

Landshut, 23. Februar 2005  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger  
Regierungspräsident

**Wasserrecht**

820-4532.11-25

**Verordnung:****§ 1**

Das Landratsamt Regen wird als zuständige Behörde für den Erlass einer Verordnung über das Wasserschutzgebiet im Gewinnungsgebiet Berging in der Gemeinde Kollnburg, Landkreis Regen und in der Gemeinde St. Englmar, Landkreis Straubing-Bogen, für die Wasserversorgung der Gemeinde Kollnburg bestimmt.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.

Landshut, 21. Februar 2005  
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Dr. Walter Zitzelsberger  
Regierungspräsident

Die Regierung von Niederbayern erlässt aufgrund des Art. 75 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz des Bayerischen Wassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (GVBl S. 822), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 2003 (GVBl S. 482), folgende